

# Merseburger Correspondent.

Er scheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7½ Uhr.  
Beschäftsstelle: Delitzsche Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Heruträger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 11.

Sonntag den 15. Januar.

1893.

## Die preussische Finanzlage.

Finanzminister Dr. Miquel hat in seiner Rede am Donnerstage mit Recht als seine Aufgabe die bezeichnet, ohne Schönfärberei, aber auch ohne übertriebenen Pessimismus — ist Pessimismus nicht immer eine Uebertreibung? — die Finanzlage zu beurtheilen. Von diesem Standpunkt aus ist er dahin gekommen, daß die jetzige nicht erstulliche Finanzlage theils auf vorübergehenden Verhältnissen, wie die wirtschaftliche Krise beruhe, theils auf dauernden Gründen. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und im Ausland betäubend sind, muß man abwarten. Aber wie verhält es sich mit den dauernden Gründen unseres Defizits? Einmal ist der preussische Staat in einem Umfange, wie kaum ein anderer auf den Ertrag der Betriebsverwaltungen, Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen u. s. w. angewiesen, so daß wirtschaftliche Krisen, die naturgemäß diese Erträge herabmindern, unmittelbar in die staatlichen Finanzverhältnisse eingreifen. Die Folgen der Verstaatlichung der Eisenbahnen, die von treuhänderischer Seite gerade deshalb bekämpft wurde, sind in den letzten Jahren schroff hervorgetreten. Die letzten Jahre sind durch magere Abgaben, das wäre immer berechtigt. Gefährlich aber ist der Zustand erst dadurch, daß bis 1890 die Ueberwälzung der Staatsbahnen zu einem großen Theil zur Vermehrung der Staatsausgaben geführt haben, zu deren Deckung nunmehr die Mittel fehlen. Der Finanzminister meint, die erste Aufgabe einer planmäßigen Finanzverwaltung müsse darin bestehen diese Schwankungen zu vermeiden. Wie das geschehen soll, hat der überreiche Finanzminister noch nicht mitgetheilt. Zur Zeit ist da wenig zu thun. So lange die Erträge der Betriebsverwaltungen des Staates hinter den Ausgabenbedarf zurückbleiben, muß man sich eben behelfen. Praktisch wird die Frage erst werden, wenn die Ueberschüsse wieder über den Bedarf hinaussetzen. Naturgemäß werden sich dann alle die Anstretungen an die Finanzverwaltung wieder einstellen, die bisher unbedenklich getrieben sind. Wie soll dann vermieden werden, daß von Neuem vorübergehende Ueberschüsse als dauernd angesehen und daraufhin die dauernden Ausgaben entsprechend gesteigert werden? Der Finanzminister ist der Ansicht, man müsse zu den alten vorläufigen Grundsätzen in der Verwaltung wie in der Volkserziehung zurückkehren, die ihre Aufgabe hauptsächlich in der Verwendung der Ausgaben, nicht in dem Drängen nach noch mehr Ausgaben gesehen haben. Wir sind ganz damit einverstanden. Aber nachdem durch die Finanzpolitik des Fürsten Bismarck die Finanzverwaltung in Preußen vorwiegend auf hohe Erträge aus den Eisenbahnen, Bergwerken etc., im Reich auf indirekte Steuern, die in ihren Erträgen in gleicher Weise schwanken, angewiesen worden ist, wird mit der Empfehlung von Sparmaßregeln auch in Zeiten des Ueberschusses wenig gehoben. Schuld zu tilgen und dadurch die Ausgaben für die Verzinsung der Staatsschuld zu vermindern, ist ja sehr empfehlenswerth, aber förmlich für die wirtschaftliche Entwicklung des Volkes wäre es offenbar, wenn der ersten Anforderung an jede gesunde Finanzpolitik entsprochen würde, nämlich der, daß die Einnahmen sich nach den für notwendig erkannten Ausgaben richten, während, wie die Dinge liegen, in Preußen Steuern gezahlt werden müssen, auch dann, wenn der Ertrag derselben zum Theile zur Bestreitung der Ausgaben nicht erforderlich ist. Wenn das Geld erst im Kassen klingelt, ist die Versuchung für den Finanzminister wie für die Bundesvertretung, dasselbe zu angestrichelten notwendigen Dingen zu verausgaben, erfahrungsmäßig zu groß, als daß die besten Vorläufer, sparsam zu sein, vorhalten könnten. Von Sparmaßregeln zu reden, hat gar keinen Sinn, wenn das Steuerwesen sonstigen auf Verschwendung berechnet ist. Weiß man erst, daß das Geld da ist und daß es — so oder so — ausgegeben wird, so ist es selbstverständlich, daß jeder, der vom Staate etwas erwartet, das Bedürfnis fühlt, mit aus der

Schüssel zu essen. Ganz anders liegt die Sache, wenn der Steuerzahler weiß, daß, sobald neue Ausgaben veranlaßt werden, die Anforderungen an seine Steuerleistung geringer werden. Ist es also dem Finanzminister mit einer gesunden, sparsamen Finanzverwaltung Ernst, so muß er dahin wirken, daß die Steuern, deren Erträge ohne Weiteres erhöht oder vermindert werden können, d. h. die Personalsteuern nur nach Maßgabe des gesetzlich festgestellten Bedürfnisses erhoben werden; mit anderen Worten, er muß die Personalsteuern beweglich machen oder, wie der technische Ausdruck lautet, sie quotisieren. Alle anderen Einkunftsquellen, mögen sie organischer Natur sein oder nicht, werden sich auf die Dauer als wirkungslos erweisen. Nach den bisherigen Erfahrungen aber dürfen wir, daß Herr Dr. Miquel den allein zum Ziele führenden Weg nicht einschlagen wird. Bei der Reform der Einkommensteuer im Jahre 1891 hätte er die beste Gelegenheit dazu gehabt, er hat sie nicht benützt. Die große Steuerreform, mit der der Landtag jetzt beschäftigt ist, bietet eine neue Gelegenheit; aber Herr Miquel denkt offenbar gar nicht daran, die Quotisierung der Einkommen- und der Vermögenssteuer in Vorschlag zu bringen. Und deshalb sehen wir seinen neuen Vorschlag mit Mißtrauen entgegen. Bis jetzt ist der Finanzminister der Parole: Steuerermehrung, nicht derjenigen: Steuerreform gefolgt und wir fürchten, in Zukunft wird es auch so sein.

## Politische Uebersicht.

Einen auffallenden politischen Vorgang läßt sich der „Gazette“ vom österreichischen Hofe melden. Der Herr, der französische Botschafter in Wien, derzeit Senior des Diplomatencorps, sei beim letzten Hofesse der Kaiser Anrede zu Anrede gegenüber gestanden. Franz Joseph habe ihn jedoch übersehen und, statt ihn anzusprechen, das Wort an den Oberhofmeister Hohenlohe gerichtet. Um sich völlig zu versichern, daß eine Anrede vorliege, habe Derold sich ein zweites Mal dem Kaiser gerade in den Weg gestellt, Franz Joseph sei aber wieder vorbeigegangen ohne ihn zu bemerken und anzuwenden. — Wenn sich diese Meldung bestätigt, so kann der Grund für diese Anrede nur eine reine persönliche Sache sein, da politische Verhältnisse zwischen Frankreich und Österreich nicht vorhanden sind.

Das neue französische Kabinet hat am Donnerstage seine erste Feuertaube vor der Deputirtenkammer gehalten und in ihr ein Vertrauensvotum erzielt. Nach der Eröffnung der Kammer durch den neuergewählten Präsidenten Casimir Perier, der selbstig mit Beifall begrüßt wurde, kam die Interpellation Hubbard zur Besprechung, welche die Regierung anragt, ob sie nicht Willens sei, den Termin zur Vornahme der allgemeinen Wahlen auf einen früheren Zeitpunkt zu verlegen und bezieht die gegenwärtige Lage; dieselbe sei compliziert genug, um die Festsetzung eines früheren Termins für die allgemeinen Wahlen notwendig zu machen. Im Anschluß an diese Interpellation verlangte der Botschafter die Auflösung des Parlamentes und die Einberufung einer Konstituante. Der Ministerpräsident Ribot erwiderte, man müsse der Justiz ihre völlige Unabhängigkeit und alle Mittel zur Ausübung ihrer Thätigkeit lassen, damit sie das begonnene Werk zu Ende führen könne. Die Justiz werde vor keiner Rücksicht auf Personen Halt machen. Für den Fall, daß die Frage des Staatsgerichtshofes aufgeworfen werden sollte, sei das Recht der Kammer gebahrt. Wenn die Kammer die Panama-Angelegenheit ihren freien Lauf nehmen lasse, werde dieselbe seitens der Justiz ihre rechtliche Erleuchtung finden. (Beifall.) Die Kammer müsse ihre gewöhnlichen Arbeiten wieder aufnehmen und die Justiz ihr Werk ausführen lassen. Wenn die Republikaner vor das Land treten würden, könnten sie es vertrauensvoll thun, insofern es sei unmöglich, jetzt den Tag dafür festzusetzen. (Beifall.) Darauf wurde die von der

Regierung angenommene einfache Tagesordnung mit 329 gegen 206 Stimmen genehmigt. Auf Ribot's Wunsch wird die Eröffnung der Budgetdebatte auf Montag festgesetzt. — Inzwischen hat sich das Ministerium vollständig ergänzt, nachdem Admiral Ricquier das Marineportefeuille angenommen hat. — Der Regierungswandel im Innern wird voraussichtlich auch in der Vertretung nach außen einen Wandel erfahren, als nach dem „Londoner Standard“ der französische Botschafter in Berlin, Herbet, durch Billot, den gegenwärtigen Botschafter am italienischen Hofe, ersetzt werden soll. — Eine feste Consolidirung der französischen Regierung thut der Republik übrigens schon mit Rücksicht auf die Finanzen ungemein noth. — Im ganzen Lande haben die Enthaltungen der letzten Zeit ein überaus großes Mißtrauen gegen die Finanzverwaltung Frankreichs hervorgerufen. Der „Gazette“ zufolge sänden bei den großen Bankinstituten zahlreiche Zurückziehungen von Guthaben statt, wodurch die Notenreserve der Bank von Frankreich erschöpft worden sei. Ein einziges Bankhaus habe seit 12 Tagen 150 Millionen Einlagen zurückgehabt. In der Provinz verlangen die kleinen Depositsgläubiger massenhaft ihre Guthaben von den staatlichen Sparkassen zurück. — Infolge dessen wäre nach einer Uebertreibung des „Temps“ die Bank von Frankreich genöthigt, in Umlaufender Münze zu zahlen, da ihr Notenumlauf das Maximum von 3½ Milliarden Frs. erreicht habe. Die Bank hätte deshalb mit der Münzverwaltung die Prägung von 50 Millionen Frs. Gold vereinbart.

Das russische Reichsbudget ist in Einnahme und Ausgabe auf 1 040 453 385 Rubel, 75 153 319 mehr als im Vorjahre veranschlagt worden. Unter neuen Ausgaben befinden sich 232 937 030 Rubel ordentlicher Ausgaben für das Kriegeministerium und 49 892 503 Rubel ordentlicher Ausgaben für das Marineministerium; beide Posten sind nur um ein Geringes gegen das Vorjahr erhöht. An außerordentlichen Ausgaben erfordert die Umbewaffnung des Heeres 29½ Millionen und der Bau von Eisenbahnen und Häfen 62 000 000 Rubel. Ferner erfordern die Eisenbahnen zu Volksversorgung 1 Million. In einem besonderen Berichte an den Zaren betont Finanzminister Witte die schwierige Lage des Landes, die durch die Mangel und die Cholera hervorgerufen sei; jedoch sei eine schließliche Besserung eingetreten; überhaupt sei ein vollständiges Ueberwinden der Krise sicher zu erwarten. Im Uebrigen gebe zu den früheren Finanzministern entwickelt Witte ein klares Programm, welches namentlich darin besteht, daß die Ausgaben des Staates für die Hebung der ökonomischen Lage, für Handel, Industrie und Landwirtschaft nicht vergrößert werden dürfen, daher werden die Ausgaben für Eisenbahn- und Hafenausbau und für Culturarbeiten des Domänenministeriums erhöht. Die neuen Steuer-Erhebungen betragen 24½ Millionen Rubel und seien notwendig geworden, um die durch den Nothstand vergrößerte Mittel der Reichsarmee zu ergänzen. Witte betont entschieden die volle Friedensliche Aulands und erklärt, die Goldanfallungen begründen keineswegs die Bildung eines Kreditsystems. Die Goldvorräthe im Betrage von 600 Millionen, von denen 360 Millionen zur Deckung des Creditgeldes dienen, hätten den Zweck, die ausländischen Börsenspeculationen zur Ermüdung der russischen Noten und Fonds zu bekämpfen. Die Regierung werde im Falle eines Bedürfnisses davon Gebrauch machen. — Zum russischen Reichsminister ist nunmehr Krowoschewin, zum Finanzminister der Bewerfer des Finanzministeriums Witte ernannt worden.

Ein Telegramm aus Madrid meldet, daß in Alucemas ein spanischer Marine-Korporal, der die Erklung eines Kapitans verfehlt, durch Marokkaner gefangen fortgeführt wurde. Infolge dessen ist ein spanisches Geschwader von 8 Schiffen im Hafen von Cadix zusammengezogen worden; die Schiffe haben Truppen an Bord, um dieselben, wenn nöthig, zu landen. Der Minister



des Auswärtigen hatte am Freitag Abend eine ein-  
ständige Unterredung mit dem englischen Botschafter  
Drummond Wolff über die marokkanische Frage  
Die argentinische Auffassung Bewegung ist  
unverändert. Dem „Reut. Bur.“ wird aus Buenos  
Ayres gemeldet, die Aufständischen der Provinz Cor-  
rientes seien entworfen.

In Marokko wird sich, wie verlautet, Spanien  
den Schritten Englands anschließen, um daselbst die  
europäischen Interessen zu schützen. Spanien werde  
die nötigen Maßnahmen treffen, um dem status quo  
in Marokko erforderlichen Falls Anerkennung zu ver-  
schaffen.

## Deutschland.

Berlin, 14. Jan. Gestern Vormittag kurz vor  
11 Uhr traf S. M. der Kaiser von seinen Reisen  
nach Sigmaringen, Straßburg und Karlsruhe mit  
Contour auf der Anhalter Bahn wieder hier ein.  
Der Kaiser begab sich vom Bahnhofe direct nach dem  
Reichskanzlerpalast und hatte daselbst eine längere  
Unterredung mit dem Reichskanzler. Von dort nach  
dem Schlosse zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser bis  
zur Frühstückstafel, zu der keine Einladungen ergangen  
waren in seinem Arbeitszimmer allein. Gestern  
Abend begabte die kaiserliche Familie der Sonder-  
vorstellung im Circus Rinz zuhause. — Die  
Kaiserin Friedrich nebst Prinzessin Tochter  
Margarethe unternahm am Donnerstag Nach-  
mittag eine gemeinsame Spazierfahrt. — Dem Ver-  
nehmen nach werden der König von Sachsen  
und auch der König von Dänemark am 22.  
d. in Berlin einreisen, um an den Vermählungs-  
feierlichkeiten theilzunehmen. — Der Erbprinz  
und die Erbprinzeßin von Meiningen sind von  
den Vermählungsfeierlichkeiten in Sigmaringen gestern  
Vormittag wieder nach Berlin zurückgekehrt.

(v. d. Goltz, Rajcha) soll, wie die „Berl.  
Börz.-Ztg.“ meldet, in zwei Monaten aus den tür-  
kischen Diensten scheiden und in der preussischen  
Armee die Führung einer Division erhalten.

(Die Rede des Reichskanzlers.) Die  
„N. Z.“ führt in einer offiziellen Notiz Klage  
darüber, daß in den Berichten der Zeitungen über die  
Rede des Reichskanzlers in der Militärcommission  
am Mittwoch dem Reichskanzler namentlich bezüglich  
Dänemarks und Russlands Missverständnisse in den Mund  
gelegt worden seien, die er als Anschauung der deut-  
scheindlichen Elemente des Auslandes wiedergegeben  
habe. Wir können uns nur dem Wünsche der „Wiss.  
Ztg.“ anschließen, daß der zur Veröffentlichung ge-  
eignete Theil der Rede in authentischer Fassung mit-  
getheilt werden möge. Daß ein amtliches Sonogramm  
nicht existirt, kann kein Hinderniß sein.

(Weitere Reichsteuern in Sicht.)  
Auch Abg. Fehr v. Jedlich legt in der „Post“ die  
Ausführungen des Finanzministers zum Etat dahin  
aus, daß derselbe beabsichtigt, im nächsten Jahre  
Sorge zu tragen, für eine feste Abgrenzung der Finanz-  
verhältnisse zum Reich dahin, daß sowohl das Ver-  
hältnis zwischen Ueberweisung und Marifakturnlagen,  
welches bei der Erweiterung der Reichsteuern 1857  
beabsichtigt und erreicht war, wiederhergestellt und im  
Reich für die Folge für den Mehrbedarf selbst ge-  
sorgt und nicht einfach zur Erhöhung von Marifakturn-  
lagen geschrieben wird.“ — Vorbedehntes ist nur  
eine Umkehrung für das Project, noch weiterhin die  
Reichsteuern zu erhöhen, ganz abgesehen von den  
gegenwärtig vorliegenden drei Steuerentwürfen.

(Zur Militärvorlage.) An großen  
Schlachtentwürfen, so schreibt man den „Ham-  
b. Nachr.“, „von militärischer Seite“, „lebt heute Frank-  
reich 19 Armee-corps mit 41 Infanterie Divisionen,  
Rußland 21 Armee-corps, 46 Infanterie Divisionen,  
beide Mächte mithin in Summa 40 Armee-corps mit  
67 Infanterie Divisionen, Deutschland 20 Armee-corps  
mit 43 Infanterie Divisionen, Oesterreich-Ungarn  
15 Armee-corps mit 32 Infanterie Divisionen, Italien  
12 Armee-corps mit 24 Infanterie Divisionen, mithin  
der Dreieund in Summa 47 Armee-corps mit 99  
Infanterie Divisionen, mithin 7 Armee-corps mit  
32 Infanterie Divisionen mehr als Frank-  
reich und Rußland; dies ist ein unbefriedigendes  
Moment des organisatorischen und taktischen Ueber-  
gewichts der Dreieundmächte, welche bisher nirgends  
genügend beachtet worden ist.“

(Die Reichscommission für Arbeits-  
statistik) ist zum 3. Februar wieder einberufen.  
Auf der Tagesordnung stehen das Ergebnis der Er-  
hebungen über das Backergewerbe und  
Infantivanträge, u. a. der Antrag Hirsch, betr.  
Ausdehnung der Erhebungen auf die Hausindustrie.

## Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 13. Januar.)  
Die heutigen Verhandlungen wurden wiederum mit der Be-  
sprechung der sozialdemokratischen Reichstags-  
interpellation angefaßt. Abg. Dr. Barth ging nur  
kurz auf den Streit im Saarrevier ein, für den die Beside  
insoweit eine gewisse Verantwortung treffen, als sie immer

noch gegen eine berechtigte Organisation der Arbeiter aufzetre-  
ten. Wenn ein Vorstoss von ihnen sei, müßte derselbe wesentlich  
auf die Folgen der vorjährigen schlechten Ernte zurückzuführen  
werden. Die sozialdemokratischen Beside zur Abhilfe des  
Nothstandes könne die freisinnige Partei nicht annehmen.  
Der Gesandte an die Unna des Staates sei eine Folge der  
Bismarckschen Wirtschaftspolitik, des immer noch herrschenden  
Protectionismus. Darauf lag der Abg. Pfähler (natl.)  
eine Rede gegen die freisinnigen Abgeordneten ab, welche auf  
der Tribüne unverständlich blieb. Zum Schluß trat Abg.  
Auer (soz.) nochmals in längerer Ausführungen für die  
Interpellation ein. Nach einer Erwiderung des Handels-  
ministers von Bodelschwingh und des Staatssecretärs von  
Boetticher wurde die Beratung auf Sonnabend vertagt.  
Auf der Tagesordnung steht weiterhin die Bismarckinter-  
pellation.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 13. Jan.) Das  
Haus begann heute die Beratung der Wahlgesetze. Nur  
die freisinnigen Abgeordneten Richter und Dr. Meyer  
sprachen sich entschieden gegen die Fixirung des Entwurfs  
aus, um befristeten die Einführung des allgemeinen,  
gleichen und geheimen Wahlrechts auch für die Untertanen  
zu machen. Weniger entschieden traten die Centrums-  
rener auf, wenngleich auch diese, namentlich Abg.  
Bachem die U. nicht vertragen, daß die Entwicklung der  
politischen Verhältnisse schließlich doch zu der  
Einführung des geheimen Wahlrechts auch für den Land-  
tag und die Communalvertretungen führen würde.  
Abg. Bachem empfahl auch den befristeten Vorschlag des  
Centrums, zur Verminderung des Ubergewichts der  
Volksträte für die drei Klassen einen bestimmten Prozentsatz  
der Wählerzahl festzusetzen. Der Protectionist v. Fiedler, der  
Kontervair v. Herzogrand, der frühere Minister  
des Innern Herrfurth, sowie die nationalliberalen Abg.  
Frank und v. Gneist sprachen ihre Zustimmung zu den  
Grundlagen des Gesetzes aus und erklärten sich sammt und  
sonders gegen das geheime Wahlrecht. Namentlich der Abg.  
v. Gneist wußte nicht genug die Vorsätze des Dreiklassen-  
systems zu rühmen. — Die Beratung wird morgen  
fortgesetzt.

— Die Budgetcommission des Reichstags  
hat am Freitag die Etats der Schutzgebiete  
von Kamerun und Togo erledigt. Bezüglich des  
Hinterlandes von Kamerun theilte Staatssecretär v.  
Marshall mit, die Vermählungen im Sinne einer  
neuen Eintheilung des Gebiets hätten Frankreich  
gegenüber bisher keinen Erfolg gehabt. Auch bezüglich  
Englandes sei keine Veränderung eingetreten.  
Director Kayser gab eine eingehende Schilderung der  
bekanntlich erfolglosen Expeditionen zur Eroberung  
des Hinterlandes und der Bauen, für welche der  
Reichstag vor zwei Jahren den Vorschub von  
1.425.000 Mk. genehmigt hat. Das Geld sei bis auf  
einen Reservestück aufgebraucht. Weitere Expedi-  
tionen in bescheidenem Umfang nach Norden und dem  
Süden seien d. b. b. Die Arbeiten zur Troden-  
legung des Flusses bei Kamerun und zur Ver-  
besserung des Hafens seien im besten Fortgange.  
Auf die Frage des Abg. Hammacher, wie es sich  
mit den angeblichen Waffenlieferungen nach  
Dahomey verhalte, erwiderte Herr Rath Kayser:  
nach dem Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich  
und Dahomey hätten Waffenlieferungen nicht statt  
gefunden. Vorher sei dieser Handel für Deutsche  
sowohl, wie für Engländer und Franzosen frei ge-  
wesen; seitdem sei ein Verbot unter Androhung schwerer  
Strafen ergangen. Staatssecretär v. Marshall gab  
Ausschluß über die Verhaftungen in Baiba, deren  
Aufhebung beabsichtigt ist, nach dem festgesetzten  
werden, daß Waffenlieferungen während des Krieges  
nicht erfolgt seien. Beim Etat für Togo wird der  
Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Regelung der  
Grenzfrage mit England erfolgen werde. Ueber das  
Schutzgebiet von Säuwestafrika und die  
Damaraconcession entspann sich eine lange noch  
nicht zum Abschluß gelangte Debatte in Folge der  
heftigen Angriffe, welche Abg. Dr. Hammacher  
gegen die Regierung richtete. Er schilderte die Lage  
zunächst in den glänzendsten Farben. Die Verhältnisse  
hätten sich wesentlich günstiger gestaltet. Weitere  
Gebiete seien zur Beschaffung geeignet; die Unter-  
suchungen über die Möglichkeit einer weiteren Aus-  
nutzung des Gebiets zu landwirthsch. Zwecken seien sehr  
günstig ausgefallen. Auch sei das Gebiet für Aus-  
wanderungswende geeignet. Es sei das einzige von  
allen Schutzgebieten, welches hier zu verwenden sei.  
Diese hoffnungsvolle Entwicklung sei durch die  
Ertheilung der Damaraconcession an eine fremde Ge-  
sellschaft mit ganz ungenügenden Mitteln auf das  
grausamste gehört. Das auswärtige Amt, habe der  
Gesellschaft eine Generalconcession für Ausbeutung  
von Bergwerken im weitesten Umfang (1350 Quadrat-  
meilen), Landeigentum im Umfang von 325 Quadrat-  
meilen = 13.000 Quadratkilom., nach eigener Wahl und  
ein Eisenbahrecht im weitesten Umfang zugesprochen.  
Der Contract sei ohne Rücksicht auf deutsches Recht ab-  
geschlossen und mit Privilegien schmückter Art ver-  
zinst. Hieraus müßten für die deutsche Aus-  
beutung des Landes die größten Schwierigkeiten ent-  
stehen; der Bau einer richtig gelegenen Eisenbahn sei  
für die Förderung deutscher Interessen unentbehrlich.  
Diese werde die Gesellschaft aber verhindern. Das  
ganze Vorgehen der Reichsregierung sei sehr zu  
beflaggen. Director Kayser entgegnete, die Reichs-  
regierung habe die betreffende Gesellschaft nicht  
als eine englische angesehen und dagegen auch  
verschiedene Cauteleu getroffen, freilich nur mit ge-

müßigen Erfolge. Deutsche Unternehmer waren zur  
Zeit für derartige Unternehmungen nicht zur Stelle.  
Nach eingehender Darstellung der Verhältnisse und der  
Verhandlungen schloß Herr Rath Kayser mit der  
Behauptung, die Besorgnisse Hammachers seien über-  
trieben. Deutschlands Wille, in Säuwestafrika zu  
bleiben, habe sich, so daß ein Rückfall der Gebiete  
an England ausgeschlossen sei. Die Reichsregierung  
habe angenommen, daß deutsches Kapital für Säu-  
westafrika nicht mehr zu haben sei und deshalb  
die Concession an Dr. Schuchalt fortgegeben. Die  
Gesellschaft sei bemüht, den deutschen Einfluß zu  
hüten (L), nicht zu schädigen. Das Recht der  
Deutschen, für ihren eigenen Betrieb Eisenbahnen zu  
bauen sei nicht beschränkt. Die englischen Concessio-  
näre müßten innerhalb der nächsten 4 Jahre 400.000 Mk.  
auf Eisenbahnbauten in Säuwestafrika verwenden,  
was eine Gewähr für weitere Anlagen gebe. Die  
Bergwerksordnung habe die Ertheilung der Concession  
nicht hindern können, da dieselbe wohl für die  
Schutzgebiete, nicht aber für die Interessensphäre  
gelte. Abgeordneter Dr. Hartmann (kons.) billigt  
das Verhalten der Regierung und ist zu größerem  
Bemühen für die Schutzgebiete bereit. Dr.  
Hammacher hält seine Behauptungen und Angriffe  
für recht, namentlich bezüglich der Eisenbahnen aae.  
Der Bau von Eisenbahnen im deutschen Interesse  
sei von der Gewährung einer Zinsgarantie von 4%  
abhängig. Staatssecretär v. Marshall kam darauf  
Herrn Kayser zu Hilfe. Das auswärtige Amt habe  
keinemwegs deutsche Interessen veräußernd. Der  
Werth der ersten Eisenbahn Concessionen werde  
übertrieben. Derselbe könne ab von der Erfüllung  
der gestellten Leistung n. Ansehens des großen  
Risikos, welches die Gesellschaft laufe und des sofort  
notwendigen Kapitals könne man die Concession  
nicht für so werthvoll erachten wie Abg. Hammacher  
thue. Abg. Seidow legt die Angriffe gegen die  
Colonialabtheilung fort und behauptet, daß die Regie-  
rung nicht die russische Einwilligung im deutschen  
Interesse abwartet habe, fast überall Fremde hinein-  
zulassen. Abg. Dr. Hammacher hält die Angriffe  
Hammachers nicht für klar, so daß er gegen  
jede Vernehmung der Reichsversammlung für Säu-  
westafrika aus. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

— Dem Reichstage ist ein neues Weisbuch  
über Samoa zugegangen.

— Die Postverwaltung hat der Postcom-  
mission des Reichstages bereits die in Aussicht ge-  
stellten Nachweise über die Wirkung der Einfüh-  
rung der Dienhalterzulagen auf die Ge-  
hälter der Unterbeamten zuwenden lassen. Danach  
würden die Postbeamten und Briefträger (Gesalt  
700 - 1.00 Mk.) nach Einführung des Alereulagen-  
systems das Durchschnittsgehalt erst nach 9 Jahren  
jetzt nach 5<sup>1/2</sup> Jahren erreichen. Auch bei den  
Stufen von 1200 - 1250 Mk. wird der Gehalt erst  
nach längerer Zeit als bisher (3 Jahre anstatt 1<sup>1/2</sup>,  
2<sup>1/2</sup> Jahre) erreicht. Eine Abführung tritt nur bei  
der höchsten Stufe, 1400 - 1500 Mk., um ein Jahr  
ein. Was die Beamten für den Anstehen an Ge-  
halt gewinnen würden sie wegen langsame Auf-  
rüks in Zukunft verlieren; die Postbeamten und  
Briefträger für den Kauf 20 Mk., Paketträger und  
Stadtposten 135 Mk., Landbriefträger 40 Mk.  
Die Dienstverhältnisse würden insgesamt einen  
Verlust von 2.102.305 Mk. jährlich für die Unter-  
beamten der Reichs Post- und Telegraphen-Verwaltung  
bedeuten. Die Thatsache, daß bei Einführung  
der Dienhalterzulagen die Gehälter der Beamten  
für jetzt sinken würden, wird ausdrücklich bestätigt.

## Provinz und Umgegend.

□ Halle a/S., 12. Jan. Die I. Civilkammer  
des hiesigen königl. Landgerichts verhandelte in ihrer  
Sitzung am 10. d. M. eine für Gesellschaften inter-  
essante Sache: Eine alte hiesige Gesellschaft beschloß  
im Jahre 1885 auf Anträgen einer Anzahl Mit-  
glieder den Bau eines neuen Gesellschaftsgebäudes, ge-  
nehmigte das vorliegende Bauproject und den Kosten-  
anschlag. Da ein Bau nun keine Kleinigkeit ist, so  
ließ der Vorsitzende namentlich darüber abstimmen  
und die Mitglieder protocollarisch verpflichten, 5 Jahre  
hindurch der Gesellschaft als Mitglied anzugehören,  
selbst wenn es sich nicht machen sollte, durch irgend  
einen Umstand den Mitgliederbeitrag bis zur Höhe  
von 36 Mk. pro Jahr zu erhöhen. Die Mitglieder  
unterzeichneten das Protocoll und darauf hin wurde  
im Frühjahr 1886 der Bau begonnen, welcher im  
Herbst 1887 seine Vollendung fand. Im Jahre 1886  
schieden eine ganze Zahl Mitglieder, gerade diejenigen,  
welche jetzt den Bau so eifrig betrieben hatten, durch  
irgend einen (persönlichen) Anlaß aus der Gesellschaft  
und glaubten sich dadurch aller Verpflichtungen ledig.  
Nach Ablauf der 5 Jahre wurden laut Beschluß einer  
Generalversammlung die fraglichen ausgeschiedenen  
Mitglieder aufgefordert, ihren jetzt eingegangenen  
Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls sie Klage  
zu gewärtigen hätten. Dieselben lehnten jede Ver-  
pflichtung ab. Die Gesellschaft verlagte zunächst einen







# Ritz Roenneke,

Schürzen- u. Hemdenfabrik,  
Johannisstr. 17, Nähe d. Rathhofs,  
und am Ende d. Gasse,  
empfehlen die billigste Waare  
in d. Welt für o. Zahl o. 165 Pf. an  
Bordentrichter get. u. 125 Pf. an  
Schürzen, wolle u. h. u. u.  
Bettzeuge, 1/2 br. u. 35 Pf. an  
Seidwand div., von 35 Pf. an,  
Hemdenstoffe von 30 Pf. an,  
Liniertücher von 35 Pf. an,  
Sophadecken von 100 Pf. an,  
Handtücher von 25 Pf. an,  
acht blau Liniertücher von 60 Pf. an  
alle Sorten Taschentücher, Bett-  
tische, Bettdecken, Bett-  
decken, Bierdecken, Bett-  
decken, sämtliche Futterzeuge  
u. c.

**Ich erlaube mir  
meine  
Masken-  
garderobe  
in empfehlende Er-  
innerung zu bringen.**  
**M. Krause,**  
Unterlänburg 60.

**Brikets und  
Preßkohlensteine  
von Grube „Paul“  
Lufenan  
Hefere (u) je'se Quantum prompt und billigst.  
Heinrich Schultze.**

**Husten lindern**  
Erlaubt in d. Apotheken  
und bei Gust. Schütthorger Jun.  
**Wucherer's  
Gummi-Brust-  
Bonbons.**  
Seit 1874 anerkannt, beliebt, wohl  
schmeckend und gesund anwendlich.

**Sirchlicher Verein St. Magimi.**  
Montag den 16. Januar, abends 8  
Uhr, in der Reissstr. 6  
**Versammlung**  
Vortrag des Herrn Pastor Werther:  
„Das Christentum und das Ged.“  
Der Vorstand.

**Dom-Männerverein.**  
Montag den 16. Januar, abends 8 Uhr,  
in der Finkenburger-  
Vortrag: „Sind wir Christen?“  
(Mit: Der. Bithorn)  
Gäste für willkommen.

**Heichstrone.**  
Montag den 16. Januar d. J., abends  
8 Uhr, im kleinen Saale  
Gründung eines Hausbesitzer-  
Vereins für Stadt Merseburg.  
Für Konsortien Kleiner Stadt haben Zutritt.

**Schwendler's Restaurant.**  
Seite  
frische Pfannkuchen.  
Anl. in Gelée.

**M.-T.**  
3 Uhr Kaiser Wilhelm's-Halle.  
**Große Schlittschuhfahrt  
auf dem Gotthardsteiche.**  
R. Sternberg.

Unsere nach dem Einkommensteuer-Gesetz eingerichteten  
**Conto-Bücher**  
für landwirtschaftliche Betriebe,  
erprobt und vielfach im Gebrauch,  
empfehlen **Paul Steffenhagen's Buchhandlung,**  
Merseburg

Fabrik: J. Paul Liehe in Dresden.  
**Malzextrakt, reinem;** im Hinblick auf Nährwert und Verdaulichkeit  
als höchstes Stärkungsmittel, wegen blinder Einwirkung bei Husten  
und Asthma Kräfte und Linderer empfohlen;  
**Malzextrakt mit Eisen;** leicht verdauliches Mittel für blutarme Personen  
und bei Bleichsucht;  
**do. mit Kalk;** fördert Knochenbildung;  
**do. mit Leberheilmitteln;** schmackhafter Ersatz für reinen Wein.  
In den Apotheken; man verlasse auch nicht „Liebe's“.

**Köln'sche Dom-Lotterie.**  
1 Gew. Mk. 750 00 = Mk. 750 00  
1 „ „ 30000 = „ 30000  
1 „ „ 15000 = „ 15000  
Ziehung 23. bis 25. Februar 1893.  
2 „ „ 6000 = „ 12000  
3 „ „ 3000 = „ 15000  
1/2 Drg. Los e à 3 Mk. Güter à 1,75 Mk., 12 „ 1500 = 18000  
Bierat à 1 Mk. 1/2 17 50 Mk., 50 „ 600 = 30000  
1/4 10 Mk. (Kant. We. und Paris 30 Pf.) 1000 „ 100 = 100000  
empfehl. und verbindet auch gegen Nachnahme 1000 „ 50 = 50000  
**Rob. Th. Schröder, Hauptcollector, Lübeck.**

**Special-Niederlage**  
sämtlicher Weine der Universal-Bodega  
Portwein, Sherry, Malaga und Madeira zu billigen Originalpreisen  
zu haben bei: **Bruno Mähner,** **Gotthardstrasse 27,**  
Merseburg.

Unter Allerhöchstem Schutze Sr. Majestät d. Kaisers  
und Königs.  
**Ruhmes-  
hallen-  
Lotterie** für Errichtung des  
**Kaiser Friedrich-  
Museums in Görlitz.**  
**Zwei Ziehungen**  
am 17. und 18. Januar 1893  
und 17. u. 18. Mai 1893.  
Gew. 1 à 500 00 = 50000 Mk.  
2 à 20000 = 40000 „  
3 à 10000 = 30000 „  
3 à 6000 = 18000 „  
4 à 5000 = 20000 „  
18 à 300 = 54000 „  
17 à 200 = 34000 „  
15 à 150 = 2250 „  
33 à 1000 = 33000 „  
30 à 800 = 24000 „  
40 à 600 = 24000 „  
30 à 500 = 15000 „  
30 à 400 = 12000 „  
45 à 300 = 13500 „  
30 à 250 = 7500 „  
60 à 200 = 12000 „  
15 à 150 = 2250 „  
15 à 125 = 1875 „  
165 à 100 = 16500 „  
300 à 80 = 24000 „  
15 à 75 = 1125 „  
25 à 60 = 1500 „  
510 à 50 = 25500 „  
1000 à 45 = 45000 „  
990 à 25 = 24750 „  
7000 à 10 = 70000 „  
16000 à 5 = 80000 „  
26996 Wört 750000 Mk.  
Die Gewinnne sind mit 90 % des Wertes garantiert.  
Der Rest wird in Deutschland auch unter Nachnahme.

**Kaiser-Säle Halle a/S.**  
Dienstag den 17. d. M., von 8 Uhr  
abends an.  
**erster grosser  
Maskenball**  
in sämtlichen feinsten Vorzügen des Establishments.  
u. Musik-Kapellen.  
**Prämierung der 3 schönsten Damenmasken.**  
Entrée für Herren 2 Mk., Damen 1 Mk., ohne Maskenwang, jedoch mit  
Maskenbescheinigung. Demonstration nach Belieben.  
An zehnterem Vortage werden ebenfalls ein  
**die Direction.**

**Generalversammlung**  
der Ortskrankenkasse der Tabak-  
arbeiter zu Merseburg  
Montag den 16. Januar abends 8 Uhr,  
in der Kaiser Wilhelm's-Halle.  
Tag's Ordnung:  
1) Wahl des gesammten Vorstandes.  
2) Berichtendes.  
Um zahlreiches Erscheinen erucht  
der Vorstand.

**Deutscher Privat-Beamten-  
Verein.**  
Zweigverein Merseburg.  
Monat's-Versammlung  
Dienstag den 17. d. M.,  
abends 8 1/2 Uhr,  
im Vereinslokale „Heichstrone“ hierseits  
1 Trappe.  
zu der auch Gäste und die Herren, welche sich  
bei der Krankenkasse zu beurlauben beabsichtigen,  
eingeladen werden.  
Der Vorstand.

**Gefangenverein Germania.**  
Sonntag den 15. Januar 1893, abends  
7 1/2 Uhr.  
**Abendunterhaltung und Ländchen**  
in der Finkenburger.  
Der Vorstand.

**Restauration z. Schützenhaus.**  
Sonntag den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr,  
**Zaninchen-Ansagekn.**  
Regelbahn gut geeicht.  
**Otto Kohlmann.**

Dienstag den 17. Januar,  
abends 7 Uhr,  
im S. Schloßgarten-Pavillon  
zweites  
**Künstler-Concert.**  
Fräulein **Betty Schwabe** (Violine),  
Frau Prof. für **Schmidt**  
**Körner,** (Gesang).  
Herr Professor **Schmidt**  
Fräulein Schwabe spielt Sonate von  
Viel d. l. Gefangene von Chopin, Polonaise  
von Wienawski. Das Schmidt'sche Ge-  
parr singt Duette von Schubert, Volleien,  
Bader, Kugl; Herr Schmidt außerdem Ge-  
sänge von Schumann und Loewe, Frau  
Schmidt Lieder von Schubert, Jenen, Weg,  
Stange.  
Die Eintrittskarten sind sämtlich vergriffen.

**Tivoli-Theater.**  
Sonntag den 15. Januar 1893.  
Nachmittags 4 1/2 Uhr.  
**Theater für Kinder.**  
**Die Hühner vor Raumburg**  
im Jahre 1432.  
Häresisches Schauspiel in 5 Akten von Kogelbe.  
Kassenspieltung 4 Uhr. — Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Abendvorstellung Anfang 8 Uhr**  
**Wo ist die Katz'?**  
Schwank in 4 Akten von Schöthan.  
Vorterkauf der Billets im Ziboli bis  
abends 7 Uhr.

Montag den 16. Januar 1893.  
Nachmaliges Gastspiel des berühmten  
**Semada-Ensemble**  
vom Krystal Palast in Leipzig.  
Neues groteskes Programm.  
**Die Direction.**

**Bäcker-Gesellschaft**  
Seute Nachmittags von 3 Uhr ab  
gemüthliches Beisammensein  
in der Finkenburger.  
Die Agentur **Merseburg** einer be-  
stehenden alten Feuer-, Lebens- und  
Unfall-Versicherungs-Anstalt  
ist arderweitig zu befragen  
Die Branchen für ein auch event. getrennt  
werden. Prospecten, welche Brief und Zwer-  
esse dafür haben und denen an einem guten  
Nebenverdienst gelegen ist, belieben ihre Offerten  
unter S. A. 270 an die Annoncen-Expedi-  
tion von **Redolf Wosse** in **Magde-  
burg** einzuliefern. (Mag. a. 127.)  
Die Offerte und jüngere Verwalter, Auf-  
seher, Schmeißer, Diener, Gärtner, Küstler,  
Medici, Kupferstecher erhalten sofort oder später  
Sachlos durch das Handelsgerichtliche  
Büreau von **Friedrich Gröbe**, Halle a. S.,  
Kriegsgasse, am Leipziger Thurm.  
Sonntags bis 12 Uhr zu sprechen.

Stellung erhält jeder überflüssig  
unmittelbar Fortsetzung der Stelle  
nach **Courier, Berlin-Verlag 2.**

Jam 1. Februar wird ein jungeres Mäd-  
chen gesucht.  
Wo? sagt die Erped. d. Bl.  
**Eine Aufwartung**  
wird gef. d. **Weiße Raner 9.**  
Einen Schilling mehr sofort oder Eltern  
**Otto Eilbe, Bädermeister.**

**Einen Lehrling**  
sucht in Orlern  
**Otto Kelle, Stellmachermeister,**  
Merseburg, Schmalzstraße 26.  
Ein **Geheilig** wird angenommen  
**A. Preussner, Bädermeister,**  
Neumarkt Nr. 27 u. 28.

Für ein heiliges Man fortwährend gesucht  
wird in Orlern ein Lehrling mit guten Schul-  
kenntnissen gesucht. Bei Off. n. H. 55 in der  
Erped. d. Bl. niederzulegen.  
**Nachtwächter gesucht.**  
Die Nachtwächter nebst Gänschter-  
stelle der Gemeinde Witten ist zum 1. April  
1893 zu befüllen. Nach kann unter gewissen  
Bedingungen das Geschäft mit angenehmen  
werden. Bewerber wollen sich unter Vorlegung  
ihrer Karte bei dem Untersageten melden.  
Blößen, den 14. Januar 1893.  
Der Ortsvorstand.

**Verbot.**  
Das Betreten des Cises auf dem  
sogen. Teufelstümpel ist bei Strafe  
verboten.  
Eine goldene Damenuhr mit Ketten ge-  
funden. Abzugeben  
**Denenien Nr. 10.**  
Gegen eine Beilage.



**Volkswirtschaftliches.**

Im Saargebiet fuhr am Freitag 18594 Mann, 2500 mehr als Donnerstag an. Wie es heißt, haben die Führer selbst zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. Auf einer Versammlung in Bistchof dagegen wurde das Festhalten am Streik empfohlen. — Verhaftet worden ist außer Bunte noch ein anderer Streikführer, Schönwald. Eine neuerliche Ausschreitung wird aus Schalken gemeldet. Dort wurden am Donnerstag Abend auf Schacht II, der Zeche „Graf Bismarck“ Beamte, Steiger und Betriebsführer von mehreren hundert Beralauten überfallen. Die schnell herbeigeeilten Beamten von Schacht I, sowie berittene Schutzleute und Gensdarmen schlugen die Wütenden zurück, von denen mehrere verwundet wurden.

Zum Bergarbeiterstreik an der Saar erhält die Ffs. Ztg. eine längere Zuschrift von unparteiischer Seite. Nach derselben betreffen die Beschwerden der Arbeiter theils die Ermäßigung der Löhne, theils die neue Arbeitsordnung. Die Gebühre sind zurückgegangen. Eine Anzahl Vergleute wurden bei der letzten Lohnung mit Löhnen unter 2,50 Mk. per Schicht gelohnt, was nach Abzug von Wächtergeld, Del., Kranzengeld u. d. 24 Schichten monatlicher Arbeit einen Verdienst von nur 55 Mk. beträgt. In der Grube „Jägerfreude“ ist das Gehalt von 5 Mk. pro Sonne im Jahre 1889 auf 2,50 Mk. heruntergegangen. Allerdings giebt es Vergleute, welche 100—130 Mk. monatlich verdienen, also per Schicht etwa 6 Mk. Ueber diese Ungleichheiten des Verdienstes beklagt man sich zumist. Die Bergverwaltung meint, die Arbeiter seien selbst daran schuld; diejenigen mit geringem Verdienst seien fleißiger Arbeiter. In Arbeiterkreisen aber schiebt man den Unterschied darauf, daß er in dem verschiedenen Grad der Mächtigkeit und der Reinheit der Kohlenflöze liegt. Die vorgekommenen nicht genug zu tatelnden Ausschreitungen sind durch junge halbwüchsige Burschen begangen worden; die alten Vergleute betragen sich durchaus ruhig und besonnen. Das man die Deputation der Vergleute erst nach Koblenz berief und dann nicht anbot, weil Rechtsanwält Hayden aus Nitz dabei war, bot neuen Stoff zur Unzufriedenheit gegeben. An den jetzigen Vorgängen haben also nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Bergbehörden ein gutes Theil der Schuld, nicht minder aber auch die Verwaltungsbehörden.

**Provinz und Umgegend.**

—i. Halle, 11. Jan. Die diesjährigen Ergänzungswahlen zur hiesigen Handelskammer haben mit der Wahl in Wittenberg ihren Abschluß gefunden. Von den in der Wahlordnung für Reihenfolge ausgedehnten 9 Mitgliedschaften sind folgenden wiedergewählt worden: Herrn Epitaphant Alb. Ernst-Halle, Maschinenbesitzer Karl Müller-Halle, Bergwerksdirector Alb. Mann-Raumburg, Magistradassessor Aug. Pils-Wittenberg, Maschinenfabrikant Alex. Woneke-Eilenburg, Kaufmann Gustav Schulze-Delitzsch. Neugewählt wurden: Die Herren Brauereibes. Karl Bauer-Halle, Sägemerksbes. Bruno Woland-Helsta und Fabrikant Theodor Heydrich-Wittenberg. Im allgemeinen hat sich eine lebhaftere Theilnahme an den Wahlen gezeigt, als dies in früheren Jahren der Fall war, ein Zeichen, daß man in den interessirten Kreisen der Handelskammer eine größere Beachtung iudent.

† Weissenfels, 13. Jan. In der kürzlich in Webauer Gur aufgefundenen Leiche ist, wie jetzt von dort geschrieben wird, durch Recognition der Angehörigen der 45jähr. Schuhmacher Friedrich Kumbert von hier erkannt worden. Der Verunglückte hat sich am 7. d. M. nach 9 Uhr abends von seiner Familie in Weissenfels ernern, um angeblich einer Versammlung beizuwohnen.

† Uelsteden, 11. Jan. Bergamtlich wird mitgetheilt, daß gegenwärtig der Salzige See wieder nahezu still steht. Nur am 9. d., dem letzten Tage, aber den authentische Nachrichten vorliegen, trat ein abermaliges Sinken des Seespiegels um 3 mm ein. Entsprechend dem früheren Fallen des Sees war ein Steigen der Gewässer in den oberen Revieren zu beobachten, das bis zum 2. Januar anhielt. Mit diesem Tage konnten entsprechend dem Stillstande des Sees die Wasserhaltungsmaschinen wieder eine langsame Erniedrigung der Wasserhöhe erzielen. Vom 2. bis zum 9. gelang es, die letztere auf Quo III von 12,13 m über der Quotschäfter Sohle auf 7,28 m herabzubringen.

† Jena, 11. Jan. Die Direction der Saal-Gisenbahn hat ihren sämtlichen Bahnhofs-wärtern das Pachtverhältnis am 1. Januar gekündigt. Diese Kündigung steht im Zusammenhang mit einer Erhöhung aller Pachteinnahmen zu-

sammen rund 16000 Mk. Einige der Wirtschaften haben einen recht geringen Verkehr aufzuweisen, so z. B. die Bahnhofs-wirtschaft Grobfuringen, welche bisher die verhältnismäßig niedrige Pacht von 4000 Mk. einbrachte, ferner Gamburg mit bisher 450 Mk., Kahla mit 550 Mk., Rudolfsbath mit 875 Mk., Blankenburg mit 600 Mk. Die Bahnhofs-wirtschaft Ubstadt war dem Stations-vorsteher zur freien Wirtschaftung überlassen.

† Bernigerode, 10. Jan. Eine Brocken-besteigung im Winter ist kein Kinderpiel, das sieht man aus folgender Mittheilung des Wern. Int. Blattes: Gestern früh um 7 Uhr unternahmen von hier aus drei Herren, ein hiesiger und zwei Herren aus Magdeburg, eine Brockenbesteigung. Schon beim Kennedeberge ward der Weg sehr beschwerlich, es lag viel Schnee, der zum Theil nicht rug. Der eine der Herren aus Magdeburg, als man sich dem Gipfel des Brodens näherte, so ermahnt, daß er umfand und fast bewußtlos dalag. Durch lautes Rufen seiner Begleiter, die sogar auch, wie man mittheilt, mehrere Male mit einem Revolver schossen, gelang es, ihn soweit zu sich zu bringen, daß er mit äußerster Anstrengung seiner Kräfte den Gipfel erreichen konnte. Im Brockenhaus, wo die Wanderer erst nachmittags um 3 Uhr ankamen, fanden sie einen Herrn aus Jissenburg und hörten, daß im Dezember nur ein Herr mit einer Dame und später einige Herren aus Bernigerode oben gewesen seien. Nach 4 Uhr brachen die drei Brockenbesteiger, die sich ziemlich von der fast übermenschlichen Anstrengung erholt hatten, wieder auf und wanderten durch das Gerloch nach Schierke, hier waren jedoch ihre Kräfte vollständig zu Ende und in einem Schlitten sahen sie deshalb von dort nach Bernigerode.

† Helmsfeldt, 12. Jan. Eine landwirthschaftliche Haushaltungsschule, wie eine solche bereits in Nebra (Kreis Querfurt) für Töchter der Landwirthe besteht, wird mit Ostern dieses Jahres auch in unserer Stadt eingerichtet werden.

† Debitfeldt, 12. Jan. Auf der StraÙe bei Kösig wurde am Dienstag der reisende Schneebegleite Wernker aus Neichenbach i. Schl. erstoren aufgefunden.

† Unter den Hofacten in Dessau befindet sich folgendes Schriftstück: „Bericht über ein in den sechshundert Jahren entredtes Schwein. Tourglantigster Ferkel, Ebnittigter Haarl In unse Fortsicht ist am Schwein so groß, wie Stieh, durglaug, in ihrem Leben noch nicht gefäße han, uns misse Sträge Maarecheln genummenn wäre, daß die Fesige sich su megig werde, sust verlieren mer, hol mich der Deubel, alle junge Jucht, und da werth von der Hund was prachen, wenn mer a mol eine gaat machen wulle — geben se Refäß, daß das Duter wackömmt, übriges verbleibe mit höhöung Ihr Tourglant unterhänstiger W. hochfeschuliger Ferschieber.

† Leipzig, 12. Jan. Mit der Verbreitung des Thomasgäßchens soll in diesem Frühjahre begonnen werden, nachdem die bau erforderlichen Grundstücke seit Jahren angekauft sind und das darin festgelegte Kapital eine sehr unrentable Kapitalanlage bildete. Der Wshen der Stadt ertält durch diese Verbreitung eine 20 Meter breite Juagangstraße.

— Zur Zeit fallen die letzten Reste des Paulinums, um dem Universitätsneubau Platz zu machen. Unter dem mächtigen Gemäuer wird noch mancher Fund, namentlich aus den alten Begräbniskräutern der Dominikanermönche, emart.

† Wurzen, 10. Jan. Schon seit einiger Zeit kürzte hier das Gerücht, daß in einem hiesigen Restaurant das Hazardspiel eifrig getrieben werde. Es soll wiederholt vorgekommen sein, daß Arbeiter nicht nur ihren ganzen Wochenlohn verloren, sondern auch Uhren, Ketten und andere Werthsachen verspielen, um weiter spielen zu können. Manche Familie soll dadurch in bittere Noth gekommen sein, denn der Mann brachte anstatt des Wochen- oder vierzehntägigen Lohnes ein leeres Portomonnaie mit nach Hause. In der Nacht vom Sonntag zum Schntag gelang es, wie das „Tageblatt“ mittheilt, endlich der Polizei, das Spielneß auszumachen. Die Spieler, etwa 12 an der Zahl, hatten sich eingeschlossen, flüchteten aber eilrig, als die Polizei eintrat, doch konnte der Name des Bankhalters festgestellt und eine Summe Geldes beschlagnahmt werden.

**Localnachrichten.**

Merseburg, den 15. Januar 1893.

\*\* Bezüglich der Reise- und Abschlus-, prüfungen nach dem schen Abgange höherer Schulen hat der Cultusminister neuerdings in einem sämtlichen Provinzialschulcollegen zugesellten Bescheide bestimmt, daß das Ergebnis dieser Prüfungen erst bei der Verändigung der Besetzungen am Schlus-

des Schuljahres mitzutheilen ist. Daraus folgt, daß die geprüften Schüler nach wie vor die Anhalt zu besuchen haben und ihrer Disziplin bis zum Schlus- des Schuljahres unterstehen.

\*\* Am Freitag gab unsere Stadtkapelle im „Tivoli“ ihr 3. Abonnements-Concert. Das Programm war sehr glücklich zusammengestellt und erfreute sich in seiner tadellofen Durchführung des lebhaftesten Beifalls. Im ersten Theile hörten wir neben der Ouvertüre zu „Hamlet“ und der Introduction aus „Lohengrin“ die Syme „Müllers Tochterlein“ von Weiß und das Charakterstück „Wir spielen jetzt Solbat“ von Eilenberg, zwei ungemein anprechende Compositionen, deren Wiederholung sich geniß empfehlen würde. Den Glanzpunkt des zweiten Theiles, ja des ganzen Concertes bildeten die Variationen über „Gott erhalte Franz den Kaiser“ für Violine von Lohner, vorgetragen von Herrn Musikdirector Krumholz. Die Meisterhaft des Herrn Krumholz auf der Geige ist viel zu bekannt, als daß es überflüssig könnte, wenn wir von einem fast stürmischen Applaus berichten, den das begeisterte Auditorium ihm bei dieser Gelegenheit spendete. Zur Erzielung einer so durchschlagenden Wirkung aber half wesentlich sein ausgezeichnetes Instrument mit, das er neuerdings zu erwerben das Glück gehabt hat, und das den höchsten Anforderungen entspricht, die man an eine Concertgeige stellen mag. Wir dürfen wohl annehmen, daß Herr Krumholz seinen Zuschauern auch fernerhin ähnliche Genüsse bereiten wird.

\*\* Auf Grund des § 52 Absatz 2 der Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands hat der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten mit Zustimmung des Reichseisenbahnammes die königl. Eisenbahndirectionen ermächtigt, die seitherigen Frachtbriefformulare bis zum 31. März d. J. im Localverkehr der preussischen Staatsbahnen nicht nur, wie schon seither gefallt gewesen, bei regelmäßig wiederkehrenden Sendungen in Wagenladungen, sondern auch bei regelmäßig wiederkehrenden Transporten von Stückgütern anzuwenden.

\*\* In letzter Zeit ist, schreibt der „Reichs-Anz.“ die Befürchtung laut geworden, daß die Einführung der mitteleuropäischen Einheitszeit für den Nahverkehr der großen Städte (besonders des Schul- und Arbeiterverkehr) Eifersümmisse mit sich bringen möchte, wenn nicht zugleich die Fahrpläne der Eisenbahnen den veränderten Verhältnissen angepasst werden. Dem gegenüber können wir mittheilen, daß die königl. Eisenbahn-Directionen schon vor längerer Zeit Besing erhalten haben, die erforderlichen Aenderungen der Fahrpläne erst den Vorort und Localverkehr der großen Städte nach Benehmen mit den zuständigen Localbehörden zum 1. April d. J. vorzusehen.

\*\* Die Witwe B., welche sich am Freitag früh in dem Grundstück Lauchstädter Str. 13 in selbstmörderischer Absicht tiefe Schnittwunden an beiden Armen bebrachte, ist ihren schweren Verletzungen erlegen.

\*\* Die letzten beiden Tage, Freitag und Sonnabend, brachen uns heftige Schneewehen mit reichlichem Schneefall. Erstere sind nicht ohne störenden Einfluß auf den Bahnverkehr geblieben, denn die meisten Züge trafen mit Verspätungen hier ein. Auf der Weissenfels-Priger StraÙe, der gefährlichsten gegenüber solchen Witterungsverhältnissen, hielt seit gestern früh 8 Uhr der Verkehr. Der um 6 Uhr fällige Personenzug traf noch mit Verspätung in Weissenfels ein. Wie weit der um 7 Uhr von Weissenfels nach Zeitz abgelassene Personenzug gekommen ist, weiß man nicht. Ein Österngug ist stecken geblieben und infolge dessen ist der 7 Uhr 50 Min. fällige Personenzug in Weissenfels überhaupt nicht mehr eingetroffen. Auf den übrigen Linien wird der Personenzug-Verkehr mit geringen Verspätungen durchgeführt.

\*\* Von den vor einem hiesigen Kürschnerladen ausgehängten Baaren wurden gestern Morgen ein Paar Fausthandschuhe gestohlen. Der Dieb hatte die außen hängenden Gegenstände abgenommen, war damit in das Geschäftsalloc getreten und hatte sich, ehe der Eigentümer aus seiner Wohnung herabstieg, eilig mit seinem Raube wieder entfernt. Die übrigen abgehängten Sachen hatte der Spitzbube im Laten auf den Fußboden genossen.

\*\* Auf der Brücke über die alte Saale geriet gestern früh ein mit zwei Pferden bespannter Schlitten aus Oberschaon kerat ins Schleudern, daß er umkippte und ein darauf stehender großer Korb mit jungen Schweinen zerbrach. Hierbei löste sich der Dredel dieses Behälters und drei von den Insassen ergriffen sofort die Gelegenheit zum Genuß der goldenen Freiheit. Während zwei der Ankretter alsbald wieder eingespangen wurden, geriet das dritte der schnellflüchtigen Virene an einen hohen Abhang, stürzte hinab und zerbrach.







# Correspondent.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 6.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pf. durch den Herunterträger. —  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

No. 11.

Sonntag den 15. Januar.

1893.

## Die preussische Finanzlage.

Finanzminister Dr. Miquel hat in seiner Einrede am Donnerstage mit Recht als seine Aufgabe die bezeichnet, ohne Schönfärberei, aber auch ohne übertriebenen Pessimismus — ist Pessimismus nicht immer eine Uebertreibung? — die Finanzlage zu beurtheilen. Von diesem Standpunkt aus ist er dahin gekommen, daß die jetzige nicht erfreuliche Finanzlage theils auf vorübergehenden Verhältnissen, wie die wirtschaftliche Krise beruhe, theils auf dauernden Gründen. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die ja nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und im Auslande betäubend sind, muß man abwarten. Aber wie verhält es sich mit den dauernden Gründen unseres Defizits? Einmal ist der preussische Staat in einem Umfange, wie kaum ein anderer auf den Ertrag der Betriebsverwaltungen, Eisenbahnen, Bergwerke, Domänen u. s. w. angewiesen, so daß wirtschaftliche Krisen, die naturgemäß diese Erträge herabmindern, unmittelbar in die staatlichen Finanzverhältnisse eingreifen. Die Folgen der Verstaatlichung der Eisenbahnen, die von freiwiliger Seite gerade deshalb bekämpft wurde, sind in den letzten Jahren schroff hervorgetreten. Die letzten Jahre sind durch magerer abgegangen. Das wäre immer denklich. Gefährlich aber ist der Zustand erst dadurch, daß bis 1890 die Ueberschüsse der Staatsbahnen zu einem großen Theil zur Vermeidung der Staatsausgaben geführt haben, zu deren Deckung nunmehr die Mittel fehlen. Der Finanzminister meint, die erste Aufgabe einer planmäßigen Finanzverwaltung müsse darin bestehen diese Schwankungen zu vermeiden. Wie das geschehen soll, hat der überreiche Finanzminister noch nicht mitgetheilt. Zur Zeit ist da wenig zu thun. So lange die Erträge der Betriebsverwaltungen des Staates hinter dem Ausgabebedarf zurückbleiben, muß man sich eben behelfen. Praktisch wird die Frage erst wegen, wenn die Ueberschüsse wieder über den Bedarf hinaussteigen. Naturgemäß werden sich dann alle die Anforterungen an die Finanzverwaltung wieder einstellen, die bisher unbedenklich gegeben sind. Wie soll dann vermieden werden, daß von Neuem vorübergehende Ueberschüsse als dauernd angesehen und daraufhin die dauernden Ausgaben entsprechend gesteigert werden? Der Finanzminister ist der Ansicht, man müsse zu den alten vorstehenden Grundsätzen in der Verwaltung wie in der Volkserziehung zurückkehren, die ihre Aufgabe hauptsächlich in der Verminderung der Ausgaben, nicht in dem Dingen nach noch mehr Ausgaben gesehen haben. Wir sind ganz damit einverstanden. Aber nachdem durch die Finanzpolitik des Fürsten Bismarck die Finanzverwaltung in Preußen vorwiegend auf hohe Erträge aus den Eisenbahnen, Bergwerken u. s. w. im Reich auf indirec Steuern, die in ihren Erträgen in gleicher Weise schwanken, angewiesen worden ist, wird mit der Empfehlung von Sparmaßregeln auch in Zeiten des Ueberschusses wenig geübt. Schuld zu tilgen und dadurch die Ausgaben für die Verzinsung der Staatsschuld zu vermindern, ist ja sehr empfehlenswerth, aber förderlich für die wirtschaftliche Entwicklung des Volkes wäre es offenbar, wenn der ersten Anforderung an jede gesunde Finanzpolitik entsprochen würde, nämlich der, daß die Einnahmen sich nach den für notwendig erkannten Ausgaben richten, während, wie die Dinge liegen, in Preußen Steuern gesucht werden müssen, auch dann, wenn der Ertrag derselben zum Theile zur Bestreitung der Ausgaben nicht erforderlich ist. Wenn das Geld erst im Kassen klingt, ist die Versuchung für den Finanzminister wie für die Bundesvertretung, dasselbe zu angeblich notwendigen Dingen zu verausgaben, erfahrungsmäßig zu groß, als daß die besten Vorläge, sparsam zu sein, vorkommen könnten. Von Sparmaßregeln zu reden, hat gar keinen Sinn, wenn das Steuerwesen sozusagen auf Verschwendung berechnet ist. Weiß man erst, daß das Geld da ist und daß es — so oder so — ausgegeben wird, so ist es selbstverständlich, daß jeder, der vom Staate etwas erwartet, das Bedürfnis fühlt, mit aus der



meiden. Derzeit, der französische Botschafter in Wien, derzeit Senior des Diplomatencorps, sei beim letzten Hoffen dem Kaiser Anrecht zu Ansehen gegenüber gestanden, Franz Joseph habe ihn jedoch übersehen und, statt ihn anzusprechen, das Wort an den Oberhofmeister Hohenlohe gerichtet. Um sich völlig zu versichern, daß eine Abreise vorliege, habe Derzals sich ein zweites Mal dem Kaiser gerade in den Weg gestellt, Franz Joseph sei aber wieder vorbeigegangen ohne ihn zu bemerken und anzuhalten. — Wenn sich diese Meldung bestätigt, so kann der Grund für diese Ignoranz nur eine reine persönliche Feindschaft sein, da politische Verhältnisse zwischen Frankreich und Oesterreich nicht vorhanden sind.

Das neue französische Kabinet hat am Donnerstage seine erste Feuertaube vor der Deputirtenkammer behandelt und in ihr der Vertrauensvotum ergiebt. Nach der Eröffnung der Kammer durch den neugewählten Präsidenten Casimir Perier, der allseitig mit Beifall begrüßt wurde, kam die Interpellation Hubbard zur Besprechung, welche die Reaction aufregt, ob sie nicht Willens sei den Termin zur Vornahme der allgemeinen Wahlen auf einen früheren Zeitpunkt zu verlegen und beleuchtet die gegenwärtige Lage; dieselbe sei complirter genug, um die Festsetzung eines früheren Termins für die allgemeinen Wahlen notwendig zu machen. Im Anschluß an diese Interpellation verlangte der Boulangist Gluck die Auflösung des Parlamentes und die Einberufung einer Konstituante. Der Ministerpräsident Ribot erwiderte, man müsse der Justiz ihre völlige Unabhängigkeit und alle Mittel zur Ausübung ihrer Thätigkeit lassen, damit sie das begonnene Werk zu Ende führen könne. Die Justiz werde vor keiner Rücksicht auf Personen Halt machen. Für den Fall, daß die Frage des Staatsgerichtshofes aufgeworfen werden sollte, sei das Recht der Kammer gebahrt. Wenn die Kammer die Panama-Angelegenheit ihren freien Lauf nehmen lasse, werde dieselbe seitens der Justiz ihre rechtliche Erlebigung finden. (Beifall.) Die Kammer müsse ihre gebobnen Arbeiten wieder aufnehmen und die Justiz ihr Werk ausführen lassen. Wenn die Republikaner vor das Land treten würden, könnten sie es vertrauensvoll thun, indes es sei unmöglich, jetzt den Tag dafür festzusetzen. (Beifall.) Darauf wurde die von der

Regierung angenommene einfache Tagesordnung mit 329 gegen 206 Stimmen genehmigt. Auf Ribot's Wunsch wird die Eröffnung der Budgetarbeiten auf Montag festgelegt. — Inzwischen hat sich das Ministerium vollständig ergänzt, nachdem Admiral Jeunier das Marineministerium angenommen hat. — Der Regierungswechsel im Innern wird voraussichtlich auch in der Vertretung nach außen einen Wandel herbeiführen, als nach dem „Londoner Standard“ der französische Votschafter in Berlin, Herbet, durch Villot, den gegenwärtigen Votschafter am italienischen Hofe, ersetzt werden soll. — Eine festere Consolidirung der französischen Regierung thut der Rest der übrigen schon mit Rücksicht auf die Finanzen allgemein noth. — Im ganzen Lande haben die Unbilligkeiten der letzten Zeit ein überaus großes Mißtrauen gegen die Finanzbehörde Frankreichs hervorgerufen. Der „Coarde“ zufolge würden bei den großen Bankinstituten zahlreiche Zurückziehungen in Guthaben statt, wodurch die Notenreserve der Bank von Frankreich erschöpft worden sei. Ein solches Bankhaus habe seit 12 Tagen 180 Millionen Einlagen zurückgezahlt. In der Provinz verlangten die kleinen Depositsgläubiger massenhaft ihre Guthaben von den staatlichen Sparkassen zurück. — Infolge dessen wäre nach einer Mittheilung des „Temps“ die Bank von Frankreich genöthigt in Umlauf der Münze zu zahlen, da die Notenumlauf das Maximum von 3 1/2 Milliarden Francs erreicht habe. Die Bank hätte deshalb mit der Münzverwaltung die Prägung von 50 Millionen Francs. Gold vereinbart. Das russische Reichsbudget ist in Einnahme und Ausgabe auf 1 040 453 385 Rubel, 75 155 319 Rubel als im Vorjahre veranschlagt worden. Unter den Ausgaben befinden sich 232 937 030 Rubel ordentlicher Ausgaben für das Finanzministerium und 49 892 503 Rubel ordentlicher Ausgaben für das Marineministerium; beide Posten sind nur um ein Geringes gegen das Vorjahr erhöht. An außerordentlichen Ausgaben erfordert die Umbewaffnung des Heeres 29 1/2 Millionen und der Bau von Eisenbahnen und Sparen 62 000 000 Rubel. Ferner erfordern die Eisenbahnen zu Volksversorgung 1 Million. In einem besonderen Berichte an den Zaren betont Finanzminister Witte die schwierige Lage des Landes, die durch die Mangel und die Cholera hervorgerufen sei; jedoch sei eine schließliche Besserung eingetreten; überhaupt sei ein vollständiges Überwinden der Krise sicher zu erwarten. Im Gegensatz zu den früheren Finanzministern entwickelt Witte ein klares Programm, welches namentlich darin besteht, daß die Ausgaben des Staates für die Hebung der ökonomischen Lage, für Handel, Industrie und Landwirtschaft nicht vergrößert werden dürfen, daher werden die Ausgaben für Eisenbahn- und Hafensbauten und für Culturarbeiten des Domänenministeriums erhöht. Die neuen Steuer-Erhebungen betragen 24 1/2 Millionen Rubel und seien nothwendig geworden, um die durch den Nothstand verfürgten Mittel der Reichsarmee zu ergänzen. Witte betont entschieden die volle Fikendliche Auslands- und erklärt, die Goldanfallungen begnadeten keineswegs die Bildung eines Kredits. Die Goldvorräthe im Verlage von 600 Millionen, von denen 360 Millionen zur Deckung des Creditgeldes dienen, hätten den Zweck, die ausländischen Börsenspeculationen zur Ermüdung der russischen Noten und Bonds zu bekämpfen. Die Regierung werde im Falle eines Bedürfnisses davon Gebrauch machen. — Zum russischen Reichsminister ist nunmehr Krowozkoff ernannt, zum Finanzminister der Beweiser des Finanzministeriums Witte ernannt worden.

Ein Telegramm aus Madrid meldet, daß in Alucenas ein spanischer Marine-Corporal, der die Erhaltung eines Kapitans verloh, durch Marokkaner gefangen fortgeschickt wurde. Infolge dessen ist ein spanisches Geschwader von 8 Schiffen im Hafen von Cadix zusammengezogen worden; die Schiffe haben Truppen an Bord, um dieselben, wenn nöthig, zu landen. Der Minister